

Partei	Frage 1: Personalsituation bei der Polizei	Frage 2: Umsetzung zweigeteilte Laufbahn	Frage 3: Beamtenbesoldung/-versorgung	Frage 4: Tarifverhandlung (TVöD)	Frage 5: Bericht "Scheu-Kommission"
SPD	<ul style="list-style-type: none"> > Es bleibt beim Abbau von ca. 1.100 Stellen. > Einstellungen erfolgen im angemessenen Rahmen. > Es wird ausreichend Polizei zur Verfügung gestellt. > Keine Angestellten im Polizeivollzugsdienst. 	<ul style="list-style-type: none"> > Die zweigeteilte Laufbahn wird wie vorgesehen bis 2014 umgesetzt. > Die Kosten hierfür belaufen sich ab 2014 auf jährlich zusätzlich 70 Mio. Euro. 	<ul style="list-style-type: none"> > Weitere Kürzungen sind nicht beabsichtigt. > Einrichtung eines Pensionsfonds für die Versorgung. > Flexibilisierung der Arbeit. > Einführung von Lebensarbeitszeitkonten. 	<ul style="list-style-type: none"> > Das neue Tarifsystem wird ausdrücklich begrüßt. > Das Land braucht jedoch Öffnungsklauseln für die Sonderzahlungen und die Arbeitszeit. 	<ul style="list-style-type: none"> > Die Struktur ist überholt. > Verringerung der Behörden. > Verstärkung des operativen Bereichs. > Die Organisation der Polizei wird auf Grundlage des "Scheu-Berichts" neu gestaltet.
CDU	<ul style="list-style-type: none"> > Die Innere Sicherheit hat einen hohen Stellenwert. > Bei Regierungsübernahme wird es zu einer Erhöhung der Einstellung kommen. > Entlastung der I Polizei durch Einführung einer Wachpolizei. 	<ul style="list-style-type: none"> > Die CDU hat nicht die Absicht die zweigeteilte Laufbahn wieder zu ersetzen. 	<ul style="list-style-type: none"> > Neuordnung der Polizeibesoldung/Arbeitszeit. > Funktionsbesoldung statt Laufbahnbesoldung. > Integration der Zulagen > Einführung von Lebensarbeitszeitkonten. 	<ul style="list-style-type: none"> > Die CDU steht für leistungsgerechte und differenzierte Besoldungsmodelle. > Hiervon wird in der Zukunft abhängen, ob es wieder gemeinsame Verhandlungen geben wird. 	<ul style="list-style-type: none"> > Der "Scheu-Bericht" wird abgelehnt. > Keine zentralen Megabehörden. > Erhalt der Landräte. > Verwaltungsarbeit durch Angestellte. > Polizeifremde Aufgaben (Aufnahme/Bearbeitung von Anzeigen usw.) durch Angestellte.
FDP	<ul style="list-style-type: none"> > Weniger verwalten dafür mehr fahnden. > Einstellung von Angestellten für polizeifremde Aufgaben. > Mehr Einstellungen als Pensionierungen. 	<ul style="list-style-type: none"> > Die FDP hat der zweigeteilten Laufbahn ausdrücklich zugestimmt. > Ein Zurückdrehen ist mit uns nicht zu machen. > Eine Wachpolizei passt nicht in das taktische Konzept der Polizei. 	<ul style="list-style-type: none"> > Sonderzahlungen werden als feste Gehaltsbestandteile umgerechnet. > Lebensarbeitszeitkonten > Einführung einer Pensionskasse. > Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage bleibt erhalten. 	<ul style="list-style-type: none"> > Die Tarifgemeinschaft (TdL) hat sich bisher bewährt. > Das Tarifergebnis vom Bund/ den Kommunen sollte übernommen werden. 	<ul style="list-style-type: none"> > Schaffung von 18 Behörden. > Zweistufiger Aufbau (ohne BR) > Dreistufige Personalvertretung. > Evtl. Reduzierung der ständigen Stäbe. > Änderung der BKV > Anpassung der 19 Landgerichtsbezirke
Bündnis 90/ Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> > Personal wird im Rahmen des Haushaltes zur Verfügung gestellt. > 500 Einstellung sind ausreichend. > Keine Angestellten im Polizeivollzugsdienst. 	<ul style="list-style-type: none"> > Die Umsetzung wird weitergeführt. > Eine kurz ausgebildete Wachpolizei wird es mit den Grünen in NRW nicht geben. 	<ul style="list-style-type: none"> > Pensionsfonds für Versorgung. > Einheitliches Dienstrecht (Bull). > Sonderregelungen für Polizei. > Leistungsorientierte Bezahlung. > Funktionsbewertung plus variable Leistungsanteile. 	<ul style="list-style-type: none"> > Einheitlicher Abschluss für Bund, Länder und Kommunen wäre wünschenswert. > Wir wollen ein verlässlicher Partner auch für die Tarifbeschäftigten der Polizei sein. 	<ul style="list-style-type: none"> > "Scheu-Bericht ist gute Grundlage. Eckpunkte sind: > Zweistufiger Aufbau (ohne BR), deutliche Reduzierung der KPB, gleich große Behörden, die polizeilich anfallenden Aufgaben selbst erfüllen können.